

ning Post warnt die Türkei vor den Gefahren ihrer gegenwärtig russenfreundlichen Politik:

„Es sei die Zeit erschienen, unsern Bundesgenossen vor der Fortsetzung einer Politik zu warnen, welche seitens Englands ein energisches unverzügliches Vorgehen nötig machen dürfte. Die Drohungen Rußlands mögen Bestürzung in Konstantinopel hervorrufen, aber ein Vorgehen Englands dürfte weit wirkungsvoller und rascher der Türkei die Augen öffnen, um jene Gefahren zu erblicken, welche ihr gegenwärtiges Vorgehen für sie heraufbeschwört. England sei darauf vorbereitet, die traditionelle Politik der Aufrechthaltung des türkischen Reiches fortzusehen, könne jedoch angesichts der ernsten Lage im Oriente dem Sultan und dessen Räten unter keinen Umständen gestatten, eine zweideutige Politik fortzusehen, welche die bestehenden Schwierigkeiten nur vergrößern könne. Ein Zaudern der Türkei im gegenwärtigen Augenblicke würde die britische Regierung unbedingt zwingen, den Drohungen Rußlands durch Entschlüsse und Maßnahmen entgegenzuarbeiten, welche die Pforte rasch zur Einsicht bringen würden, daß ihre jetzige Politik höchst verderblich für ihre Interessen in Europa und Asien sei. Die Politik, welche die Türkei gegenwärtig verfolgt, läßt es für England gebieterisch erscheinen, die besten Mittel zum Schutze seiner Reichsinteressen ohne Rücksicht auf das Schicksal des ottomanischen Reiches zu erwägen.“

23. Dezember. Lord Churchill legt das Schatzkanzleramt nieder und tritt aus dem Kabinet aus. Sein bezügliches Schreiben an Lord Salisbury erscheint in der Times, noch ehe es der Ministerpräsident erhalten hat.

Angeblich bewegt ihn zu diesem Schritte die Abgeneigtheit, das Budget mit den vom Kriegsdepartement und der Admiralität für notwendig erachteten Voranschlägen für das Heer und die Flotte zu belasten; welche er in anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten als übertrieben hoch und durch den Stand der auswärtigen Angelegenheiten nicht gerechtfertigt betrachte; nach anderer Auffassung hätten den Hauptanstoß zum Zwiespalte mit Salisbury des Schatzkanzlers abweichende Ansichten über die inneren Reformen gegeben.